



Arbeitskreis  
Christinnen und Christen  
in der SPD

## Friedens- und abrüstungspolitische Impulse

### für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1. Juli – 31. Dezember 2020) aus sozialdemokratischer und christlicher Sicht

Der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC) möchte hiermit aus christlicher Friedens- und Verantwortungsethik zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft konkrete Vorschläge für eine neue europäische Friedens- und (zivile) Sicherheitspolitik unterbreiten - in Anknüpfung an frühere AKC-Tagungen zu Europa / Außenpolitik, die gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion und Vertreterinnen und Vertretern von Kirchen und Religionsgemeinschaften stattfanden, und bezogen auf die Priorität der deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Rolle der Europäischen Union in der Welt“. Der AKC ist überzeugt: Friedensdiplomatie ist eine zentrale Aufgabe der EU als ‚Friedensmacht‘. Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie interreligiöse Organisationen können dabei unabhängige, konstruktiv-kritische Friedenspartner der staatlichen Außenpolitik, einer neuen Entspannungspolitik und der europäischen Außenbeziehungen sein. Für Christinnen und Christen wie für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss gewaltfreies und friedensdiplomatisches Handeln stets den Vorrang haben.

Die Bundesregierung soll als EU-Ratspräsidentschaft und als derzeitiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat innovative friedens- und abrüstungspolitische Punkte auf die Tagesordnungen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen setzen und entsprechende mittelfristige internationale Initiativen über den Präsidentschaftszeitraum hinaus anstoßen und verfolgen:

1. Aktive Unterstützung der UN-Initiative für einen globalen Waffenstillstand in der Corona-Pandemie.
2. Neue weltweite Abrüstungsinitiative (graduelle Abrüstungsschritte, Budgetumschichtungen zugunsten der Sektoren Bildung, Zivilschutz und Gesundheit – mit messbaren Indikatoren, relativen Deckelungen und Ziel-Korridoren).
3. Initiative für einen neuen INF-Vertrag / Reduzierung der Atomwaffen unter Einbeziehung anderer Atommächte (nicht nur zwischen USA und Russland), für vertrauensbildende Maßnahmen zur atomaren Abrüstung, für ein weltweites Moratorium der und Verzicht auf Modernisierung von Atomwaffen sowie die Stärkung des Atomwaffensperrvertrags.
4. Globale Konversionsinitiative zur Umwandlung militärischer Infrastruktur / Ressourcen in zivile Einrichtungen (mit positiven Anreizen / Konditionalität und internationalen bündnis-militärischen und zivilen Beistands- und Sicherheitsgarantien).
5. Stärkung der zivilen EU-Sicherheitspolitik in Entwicklung der Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (CSDP Compact von 2018) und durch Schaffung eines die EU-Außenpolitik beratenden Europäischen Zivilen Sicherheitsrats, dem auch Vertreter aus Kirchen, Religionsgemeinschaften, Menschenrechtsorganisationen, Friedensdiensten und der Zivilgesellschaft angehören.
6. Koordinierte Reduzierung nationaler (militärischer) Verteidigungsbudgets und nationaler Truppenstärken in Europa („Rüstungsbremse“). Europäisierung und gleichzeitig effizient-synergetische Verschlinkung der militärischen Beschaffungsstrukturen in Europa, auch im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit oder eines „Beschaffungs-Schengen“. Berücksichtigung und Einbeziehung von erheblich aufzustockenden Mitteln für zivile Konfliktbearbeitung, Friedensdiplomatie, Entwicklungspolitik und Flüchtlingshilfe.

7. EU-Initiative, um wirksamere Rüstungsexportverbote auch auf europäischer Ebene, den Mitgliedsstaaten und bei EU-Partnern/Drittstaaten zu verankern, kombiniert mit positiven Anreizen und Konditionalität, zivilen Handelsabkommen und internationalen (bündnis-militärischen und zivilen) Sicherheitsgarantien, ausgehend von einer restriktiven und einheitlichen Auslegung des (2019 überarbeiteten) Gemeinsamen Standpunkts der EU von 2008 zur gemeinsamen Rüstungsexportkontrolle – gegebenenfalls im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit oder eines „Abrüstungs-Schengen“.
8. Förderung des interreligiösen Dialogs und eine Unterstützung interreligiöser Räte als Friedenselement in Partner-Drittstaaten / Krisenregionen, als Teil der zivilen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (Mainstreaming, Einbeziehung in Strategiepapiere der EU-Außenpolitik – vergleichbare Initiativen gibt es bereits z.B. in den Außenpolitiken der USA und Frankreichs).
9. Fortgesetzte und verstärkte Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union.

Zu einer wirksamen und möglichst präventiven Friedenspolitik gehört die globale Solidarität. Sie muss sich im Kontext der Mächte USA, Russland und China behaupten, muss aber auch bemüht sein, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge wahrzunehmen. Sie hat ökologische und wirtschaftliche Aspekte und sie kann sich als aktive Menschenrechtspolitik äußern. Die Zukunft Europas entscheidet sich mit in Afrika.

Das Auswärtige Amt wird zudem angeregt, im Rahmen der Trio-Ratspräsidentschaft von Deutschland, Slowenien und Portugal in der EU eine Webkonferenz zum Thema „Religionen als Partner für eine europäische Friedens- und zivile Sicherheitspolitik?“ zur europäischen Friedens- und Abrüstungspolitik mit EU-Vertreterinnen und Vertretern, Abgeordneten, Verteidigungs- und Abrüstungsexpertinnen und -experten, Think Tanks, Kirchen- und Religionsvertreterinnen und -vertretern, interreligiösen Initiativen und anderen Stakeholdern zu organisieren. Die angeführten und weitere Punkte sind dabei zu diskutieren und voranzubringen – im Sinne der Priorität der deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Europas Rolle in der Welt“, im Sinne des Leitbilds des Auswärtigen Amtes „Außenpolitik weiter denken“ / Dialog mit der Zivilgesellschaft und im Sinne des Ansatzes „Friedensverantwortung der Religionen“ der Berliner Konferenz 2017 und der interreligiösen Weltversammlung von Lindau 2019.

Aus christlicher und sozialdemokratischer Sicht sind dies wichtige Schritte auf dem Weg hin zu einer innovativen Rolle Europas in der Welt – für globalen Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität.

Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC)

Berlin, Juli 2020

Arbeitsgruppe: Arne Lietz, Christian Brehme, Andreas Gerold König, Norbert Fabian, Peter Bender